

**BildungsIMPULSE – regionale Ansätze
und Strategien im Bildungsmanagement**

Integration durch Bildung

Den Migrationsdiskurs in der
kommunalen Bildungslandschaft
gemeinsam gestalten

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des
Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Gefördert vom:

Impressum

**Regionale Entwicklungsagentur
für kommunales Bildungsmanagement NRW (REAB NRW)
Institut für soziale Arbeit e. V.**

Friesenring 40
48147 Münster

info@reab-nrw.de
www.reab-nrw.de

V.i.S.d.P.

Dr. Mario Roland

Redaktion

Helena Baldina, Lisa-Marie Staljan, Stella Michel, unterstützt durch KI-Tools

Layout

Fabian Möcking

Was erwartet Sie auf

6

▼

EINLEITUNG

- Sie lernen unser Verständnis von Integration durch Bildung kennen.
 - Ihr Interesse, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, ist geweckt.
-
- ▲

8

▼

AUSSERHALB DER KOMMUNE: STRUKTUREN AUF LANDESEBENE

- Sie lernen den Landesintegrationsrat NRW kennen.
 - Das Interview bringt Sie dazu, in Ihrer eigenen Kommune die Person im Integrationsrat zu kontaktieren.
-
- ▲

▼

PRAXISBEISPIEL KOMMUNE: ZUSAMMENARBEIT VON KI UND KOMMUNALEN BILDUNGSMANAGEMENT

- Im Kreis Borken ist fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit gelebte Praxis.
 - Sie wissen nun, wie Hürden abgebaut werden können.
-
- ▲

15

den kommenden Seiten?

✓

BEWUSSTSEIN SCHAFFEN: EASY-TO-IGNORE-GROUPS

- Sie kennen das Konzept der „Easy-to-ignore-Groups“.
 - Mit der Theorie im Hinterkopf machen Sie erste Schritte, um in Ihrer Arbeit Personen besser zu adressieren.
-
- ^

✓

SOZIALRÄUMLICHE ANSÄTZE: STADTEILSPAZIER- GANG ALS BEIDSEITIGER LERNPROZESS

- Wir nehmen Sie mit nach Duisburg-Marxloh.
 - Nach der Lektüre möchten Sie auch eine Stadteilführung initiieren.
-
- ^

✓

ZWISCHENDURCH EIN PAAR PRAKTISCHE UNTERSTÜTZUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR DIE ARBEIT VOR ORT

- Unsere Akteursübersicht hilft Ihnen bei der Orientierung im Feld.
 - In „Von der Idee zur Förderung“ erhalten Sie einen Überblick über Strategien im Fördermittelmanagement.
 - Sie planen bspw. eine Bildungskonferenz? Nutzen Sie einen Code of Conduct.
 - Genug gelesen: Schauen Sie sich das Learning Nugget zu statistischen Definitionen im Bereich Migration an.
 - Für alle mit und ohne Migrationsgeschichte: Wie privilegiert bin ich eigentlich?
-
- ^

20

26

14

18

30

22

24

Einleitung

Vom Wortursprung her gedacht

Integration von wem, in was und mit welchem Ziel? Beginnen möchten wir mit einer komplizierten Frage. Das mag für eine Einleitung eher unüblich sein, denn eine Einführung dient i.d.R. dem Zweck, Sie als Leser:innen mitzunehmen, in das betreffende Thema einzuführen und zu skizzieren, was Sie auf den kommenden Seiten erwartet. Zu sehr wollen wir davon auch nicht abweichen. In einem Themenfeld, das viele Menschen (im Wortsinne) bewegt und noch mehr Meinungen beherbergt, ist es uns wichtig, das Verständnis von *Integration durch Bildung* zu klären, das dieser Broschüre zugrunde liegt. Es kann von anderen Verortungen abweichen, entspricht nicht notwendigerweise einer bestimmten Denkschule und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Integration, ganz klassisch dem Wortursprung folgend, leitet sich aus dem Lateinischen von *integratio* (Nom. Sg.) ab und bedeutet so viel wie *Wiederherstellung eines Ganzen/Erneuerung*. Alle Liebhaber:innen linguistischer Raffinesse wissen, dass der Begriff und seine Verwendung über die Zeit hinweg eine Bedeutungsverschiebung vollzogen hat und in Zukunft durch gesellschaftliche Aushandlungsprozesse auch weiterhin erfahren wird. Im gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Sprachgebrauch (weniger im wissenschaftlichen) geht es oft um die Eingliederung eines einzelnen Teils in einen anderen größeren Teil, um die Anpassungsleistung von migrierten Personen und ihren Nachfahren an (als homogen assoziierte) nicht-migrierte Personengruppen oder in vorhandene Strukturen und Normen; um das sich Einfügen in ein bestehendes System, mit Start und Endpunkt – als Vergesellschaftungsprozess dessen Ordnung kurzzeitig durcheinandergewirbelt wurde und nun wieder, durch eben jene Integration, in die Ausgangsform gebracht werden muss.

Ein solches Integrationsverständnis muss aus unserer Sicht scheitern. Es übersieht die Notwendigkeit der Beidseitigkeit, des wechselseitigen Verständnisses füreinander und eines stetigen Lern- und Bildungsprozesses, von dem alle Seiten profitieren könnten. Wir orientieren uns dabei in Teilen an dem vielzitierten Ausspruch von Klaus Bade: *„Integration ist keine Einbahnstraße mit einseitigen Anpassungsleistungen, sondern ein gesellschaftliches Unternehmen auf Gegenseitigkeit, das beide Seiten, Aufnahmegesellschaft wie Einwanderer, verändert, auch wenn den Einwanderer*

derer stets die größere Anpassungsleistung abzuverlangen ist“¹. In Teilen heißt aber auch, dass der letzte Halbsatz womöglich für viele Menschen mit Migrationsgeschichte zutrifft, sie beispielsweise durch Zweit- oder Fremdsprachenerwerb viel mehr Anpassungsleistungen erbringen müssen, wir dies aber nicht als normative Forderung verstanden wissen wollen. Vielmehr möchten wir betonen, dass Integration als dynamischer Aushandlungsprozess verstanden werden sollte, der sowohl institutionelle Rahmenbedingungen als auch individuelle Handlungsspielräume berücksichtigt. Dies schließt die Verantwortung der Aufnahmegesellschaft mit ein, Strukturen so zu gestalten, dass Teilhabe nicht von vornherein durch Barrieren wie Diskriminierung, fehlende Zugänge zu Bildung oder eingeschränkte Partizipationsmöglichkeiten erschwert wird. Integration bedeutet somit nicht nur, dass Menschen mit Migrationsgeschichte sich einfügen, sondern auch, dass gesellschaftliche Institutionen und Menschen ohne Migrationsgeschichte bereit sind, ihre eigenen Routinen, Erwartungen und Normen kritisch zu hinterfragen und anzupassen.

Unter der Prämisse, dass Migration die Regel und nicht Ausnahme ist – so sehr sich manche politischen Kräfte auch dagegen wehren – ist die Auseinandersetzung mit Integration ein fester Bestandteil der kommunalen Bildungsarbeit. Bildung, verstanden als produktive Aneignung von Welt, ist sowohl notwendige Bedingung als auch hinreichende Erklärung von Integrationsprozessen. Denn nur dort, wo Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte überhaupt die Möglichkeit haben, an Bildungsprozessen zu partizipieren, können sie integrativ wirksam werden, kann Verständnis und Verständigung untereinander erfolgen, können Bildungsbiografien gelingen, soziales und politisches Miteinander zusammen (weiter-)wachsen und eine vielfältige Gesellschaft als Ressource betrachtet werden. Bildungsbarrieren müssen daher abgebaut werden: dazu gehören Sprachbarrieren, die mangelnde Anerkennung ausländischer Abschlüsse oder strukturelle Diskriminierung und unbewusste Vorurteile (Bias). Gleichsam braucht es mehr rassismuskritische Bildungsarbeit in schulischen und außerschulischen Lernorten und der beruflichen Weiterbildung und die Möglichkeit, interkulturelle Kompetenzen zu erlangen.

1 Bade, Klaus J. (2001): „Einleitung: Integration und Illegalität“, in: ders. (Hg.), *Integration und Illegalität in Deutschland*, Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, S. 7, https://www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4_Publikationen/PDFs/illegal.pdf.

Doch die Betonung von Bildung als zentralem Integrationsfaktor soll nicht den Eindruck erwecken, dass es sich bei gelungener Integration um einen konfliktfreien Prozess oder gar die Herstellung einer homogenen Gesellschaft handelt². Weder ist die *deutsche Gesellschaft* ohne Menschen mit Migrationsgeschichte in sich homogen (ebenso anders herum), sodass ein solches Streben nach Uniformität ins Leere führen muss, noch gehen Veränderungsprozesse jedweder Art ohne Reibungsverluste einher: „Vielmehr ist davon auszugehen, dass gerade durch gelungene Integration viel häufiger Differenz- und Fremdheitserfahrungen gemacht werden, unter anderem dadurch, dass sich Minderheiten insgesamt selbstbewusster zu Wort melden, ihre Interessen vertreten und eigene Ansprüche erheben. Verteilungs- und Interessenkonflikte können entsprechend zunehmen“³. Dies anzuerkennen, erst einmal auszuhalten und als lebenslangen Lernprozess mit in kommunale Bildungsstrukturen zu implementieren, muss in einer demokratischen Gesellschaft möglich sein, sofern man dem Anspruch von Teilhabe und Chancengerechtigkeit im Bildungssystem tatsächlich entsprechen möchte.

Bezugnehmend auf die eingangs gestellte Frage „Integration von wem, in was und mit welchem Ziel?“, muss die Antwort aus unserer Sicht wie folgt lauten: von uns allen, die hier leben, in die sich stetig verändernde Gesellschaft und ihre Strukturen, um dem Anspruch einer demokratischen Gesellschaft gerecht werden zu können. Aus diesem Verständnis heraus ist diese Broschüre entstanden.

Von der Gegenwart her gedacht

In Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland Deutschlands, mit rund 18 Millionen Einwohner:innen und einem Anteil von rund 32 Prozent⁴ an Menschen mit Migrationsgeschichte, war, ist und wird Integration ein zentraler Schwer-

punkt der kommunalen Bildungsarbeit bleiben (müssen). Das kommunale Bildungsmanagement wurde durch die Transferinitiative kommunales Bildungsmanagement bereits in der Zeit von 2016 bis 2021 über die ehemalige Transferagentur NRW im Rahmen der Förderrichtlinie *Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte* des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) hierbei unterstützt. Seit 2023 begleiten wir als Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement NRW (REAB NRW) unter anderem Kommunen in NRW in der Förderrichtlinie *Bildungskommunen* des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), auch mit dem thematischen Schwerpunkt Integration durch Bildung. Denn den Kommunen in NRW kommt im Integrationsprozess eine besondere Rolle zu: nicht nur sind sie unter anderem für die Koordination der Aufnahme von geflüchteten Menschen verantwortlich, sondern ihnen obliegt vor Ort auch der Auf- und Ausbau von geeigneten Bildungsangeboten und -strukturen entlang der Bildungskette, um gelingende Integrationsprozesse zu unterstützen.

Die regionalen Bildungsnetzwerke oder Kommunalen Integrationszentren (KI) bieten in NRW ein System etablierter Strukturen. Es gibt auch eine breite Zivilgesellschaft, die trotz Anfeindungen weiterhin aktiv ist. Und Menschen mit Migrationsgeschichte gestalten durch z. B. Integrationsräte oder Migrant:innenselbstorganisationen aktiv ihr Leben und die Gesellschaft mit.

Auf den folgenden Seiten laden wir Sie daher ein, *Integration durch Bildung* neu zu entdecken bzw. weiterzudenken, Herausforderungen realistisch zu betrachten und zugleich die Chancen zu erkennen, die in einer vielfältigen, lebendigen Bildungslandschaft liegen. Wir möchten aufzeigen, wie gezielte Maßnahmen, vernetzte Strukturen und die Beteiligung und Arbeit von Menschen mit Migrationsgeschichte dazu beitragen können, Barrieren abzubauen und gesellschaftliche Teilhabe dadurch für alle gestärkt werden kann.

Viel Spaß bei der Lektüre wünschen Ihnen

Helena Baldina, Lisa-Marie Staljan, Stella Michel

2 Vgl. El-Mafaalani, Aladin (2023): „Integration“, in: Inken Bartels, Isabella Löhr, Christiane Reinecke, Philipp Schäfer, Laura Stielike (Hg.), *Inventar der Migrationsbegriffe*, S. 4, <http://www.migrationsbegriffe.de/integration>, DOI: <https://doi.org/10.48693/296>.

3 Ebd.

4 Vgl. https://www.integrationsmonitoring.nrw.de/bevoelkerung_demografie/?page=A1_1-Bev%C3%B6lkerung-mit-Einwanderungsgeschichte&views=A1.1-Bev%C3%B6lkerung-mit-Einwanderungsgeschichte

Für einen Paradigmenwechsel im Bildungssystem

Der Landesintegrationsrat NRW über Chancengerechtigkeit, Mehrsprachigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Der Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen versteht sich als starke Stimme für Chancengerechtigkeit und Teilhabe in einer vielfältigen Gesellschaft. Im Interview mit der REAB NRW erläutert der Vorstand, welche Rolle der Landesintegrationsrat bei der Förderung von Bildungsgerechtigkeit, Mehrsprachigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt spielt. Es geht um aktuelle Herausforderungen in der Integrationspolitik, den Umgang mit migrationskritischen Strömungen sowie konkrete Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und Schulen.

Welche Ziele verfolgt der Landesintegrationsrat NRW?

Der [Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen](#) ist das demokratisch legitimierte Vertretungsorgan der Integrationsräte in NRW. Die Novellierung des §27 der Gemeindeordnung NRW hat den Integrationsräten einen neuen Namen und erweiterte Funktionen verliehen, die den gesellschaftlichen Realitäten effektiver entsprechen. Es geht längst nicht mehr nur um Integrationsangebote für Neuzugewanderte, sondern auch um den Abbau diskriminierender Strukturen und die Schaffung gleichberechtigter Zugänge zu Bildung, Arbeitsmarkt, Kultur, Sport und Politik. Ab November 2025 heißen die Gremien Ausschüsse für Chancengerechtigkeit und Integration NRW.

Der Landesintegrationsrat NRW wurde im Februar 2012 mit der Verabschiedung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes gesetzlich verankert. Er tritt für die kulturelle, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung der Menschen mit internationaler Familiengeschichte ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Nordrhein-Westfalen haben. Er bündelt die Anliegen und Interessen der Ausschüsse für Chancengerechtigkeit und Integration NRW auf Landesebene. Im Rahmen von Anhörungen im Landtag sowie im regelmäßigen Austausch mit den Fraktionen und der Landesregierung gibt der Vorstand die Position weiter. Beispielsweise tritt er für einen raschen Fortschritt bei Themen wie dem kom-

munalen Wahlrecht für Drittstaatsangehörige, der Bekämpfung des Rechtsextremismus und -populismus, der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und der Förderung natürlicher Mehrsprachigkeit ein.

Als überparteilicher und fachpolitischer Dachverband ist der Landesintegrationsrat NRW ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtet. Daher arbeitet er mit allen Institutionen und Organisationen zusammen, die sich gleichermaßen an diesen Grundsatz gebunden fühlen. So leistet er einen wesentlichen Beitrag zum friedlichen und gleichberechtigten Zusammenleben in einer von vielen Kulturen geprägten Gesellschaft.

Das Ziel einer jeden ernst gemeinten Integrationspolitik ist die soziale, kulturelle, rechtliche und politische Gleichstellung aller Mitglieder einer Gesellschaft. Nur Menschen mit internationaler Familiengeschichte selbst können ihre eigenen Belange und ihren politischen Willen zielgerichtet artikulieren. Dennoch obliegt es unserer gesamten Gesellschaft, ihre spezifischen Potenziale sichtbar zu machen und anzuerkennen.

Die Arbeit in den Ausschüssen für Chancengerechtigkeit und Integration NRW geht daher über die klassische Integration hinaus. Zwar stellt das Ankommen und Einleben von Neuzugewanderten einen wichtigen Schwerpunkt dar, doch geraten die Interessen derjenigen, die bereits seit langem in Deutschland leben, häufig ins Hintertreffen. Auch Menschen mit internationaler



Der Landesintegrationsrat NRW im Landtag NRW.

Bild: Landesintegrationsrat NRW

Familiengeschichte, die in Deutschland aufgewachsen sind, teilweise bereits in zweiter oder dritter Generation, erfahren häufig Benachteiligungen in verschiedenen Lebensbereichen. Zugleich werden ihre Fähigkeiten und Potenziale wie Diversitätssensibilität und natürliche Mehrsprachigkeit, oft nicht gesehen oder abgewertet. Der Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus bleibt dabei eine zentrale Herausforderung auf kommunaler Ebene.

Wie unterstützt der Landesintegrationsrat die lokalen Integrationsräte/Ausschüsse für Chancengerechtigkeit und Integration in ihrer Arbeit, insbesondere im Bildungsbereich?

Die Arbeit in den Ausschüssen für Chancengerechtigkeit und Integration vor Ort erfordert Engagement und fachliche Kompetenz. Der Landesintegrationsrat NRW unterstützt die inhaltliche Arbeit seiner Mitglieder, stellt ihnen sowie der fachpolitischen Öffentlichkeit Studien und Handreichungen zur Verfügung und organisiert gemeinsam mit Partner:innen aus Land und Kommunen Veranstaltungen, Tagungen und Seminare. Ferner äußert er sich in Pressemitteilungen und Positionspapieren.

Insbesondere im Bildungsbereich setzt sich der Landesintegrationsrat NRW seit über zwei Jahrzehnten für die gesellschaftliche Anerkennung der natürlichen Mehrsprachigkeit, die Wertschätzung der Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen mit in-

ternationaler Familiengeschichte sowie die Umsetzung konkreter Fördermaßnahmen ein. Seit den 2000er Jahren hat sich die Debatte verstärkt auch unter Ressourcen- und Potenzialperspektive intensiviert. Die Förderung von Deutsch als Bildungssprache steht damit in engem Zusammenhang und widerspricht den Zielen der Mehrsprachigkeitsförderung nicht. Dazu hat der Landesintegrationsrat NRW mehrere Initiativen auf Landesebene gestartet, beispielsweise die Initiative „Lebendige Mehrsprachigkeit“ (2015) und das Positionspapier „Identität stärken – natürliche Zweisprachigkeit fördern!“ (2022) sowie zahlreiche weitere Publikationen.⁵

Hintergrund ist die Erkenntnis, dass mehrsprachige Angebote in den Bildungsinstitutionen eine positive Antwort auf unsere immer vielsprachiger werdende Gesellschaft und Europa sind. Sie stärken Kinder und Jugendliche mit internationaler Familiengeschichte, verbessern ihre Schulerfolge und unterstützen sie in

⁵ Vgl. z. B. „Natürlicher Zwei- und Mehrsprachigkeit – Schlüssel zum Schulerfolg. Brachliegender Schatz für das Bildungssystem“, „Anerkennung von ethnischer Identität und Sprache – Die Rolle von Anerkennung und Missachtung der Herkunftssprache für die psychosoziale Entwicklung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“, oder „Türkisch statt Englisch?!“ Beiträge zur Debatte um die Förderung von Mehrsprachigkeit“, unter <https://landesintegrationsrat.nrw/kampagnen-4-2-2/kampagnen-4-2/veroeffentlichungen-ab-2020/>

der Herausbildung ihrer Identität. Dabei wird sowohl das korrekte Erlernen der Herkunftssprache als auch der deutschen Sprache gefördert. Die Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit bietet zudem Impulse für das Sprachlernen der gesamten Gesellschaft und schafft neue positive Bedingungen auch für ein erfolgreiches Sprachlernen einsprachiger Kinder und Jugendlicher.

Wie gehen Sie damit um, dass bei der Integrationsratswahl im September 2025 auch Integrationsräte gewählt wurden, die einem politischen Spektrum angehören, das selbst eher migrationskritische Positionen vertritt? Welche Implikationen hat das für Ihre Arbeit?

Die gegenwärtige gesellschaftliche Realität erscheint widersprüchlich: Während beispielsweise Mehrsprachigkeit unseren Alltag bereichert, spiegelt sie sich jedoch noch nicht ausreichend in unseren Institutionen wider. Auf der einen Seite gewinnen rechtspopulistische und fremdenfeindliche Diskurse an Zustimmung; Migration wird als Ursache gesellschaftlicher Probleme dargestellt: Kinder mit internationaler Familiengeschichte würden beispielsweise das Leistungsniveau deutscher Kinder absenken und man müsse deshalb eine sogenannte Migrationshintergrundquote in der Schule einführen. Auf der anderen Seite wird jedoch deutlich, dass lebensrelevante Dienstleistungen in Deutschland ohne Arbeitskräfte mit internationaler Familiengeschichte kaum noch vorstellbar sind.

Die Ausschüsse für Chancengerechtigkeit und Integration setzen genau an dieser Stelle an: Sie vertreten die Interessen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in den Kommunen und stärken ihre Teilhabe an politischen Entscheidungen. Dass ausgerechnet in diesen Gremien rechte Kräfte Mandate errungen haben, ist ein Widerspruch, der viele irritiert. In fünf von 113 Kommunen erzielte die AfD die meisten Stimmen, in fünf weiteren Städten ist sie zweitstärkste Kraft. Als Landesintegrationsrat nehmen wir diese Tatsachen ernst – zugleich möchten wir die Ergebnisse im Gesamtbild betrachten und sachlich einordnen. Die Fakten sind eindeutig: Von insgesamt 1.262 Sitzen in NRW konnte die AfD lediglich 63 erringen – das entspricht rund fünf Prozent. Festzuhalten ist zudem, dass die AfD in der überwältigenden Mehrheit der Kommunen kaum Stimmen bekommen hat. Das zeigt: Die Integrationsräte in NRW bestehen nahezu vollständig aus demokratisch orientierten Kräften – und die allermeisten Wähler:innen haben Vielfalt und Zusammenhalt gestärkt. Unsere Aufgabe als Landesintegrationsrat ist es daher, das Phänomen ernsthaft zu analysieren, aber nicht aufzublasen. Rechtsextremen Haltungen darf keine Bühne geboten werden.

Stattdessen richten wir den Fokus auf das, was den Menschen in den Kommunen wirklich wichtig ist: Teilhabe, Bildungsgerechtigkeit, soziale Sicherheit – und die Gestaltung einer vielfältigen Stadtgesellschaft, die die Potenziale von Menschen mit internationaler Familiengeschichte anerkennt, wertschätzt und systematisch fördert.

Welche Rückmeldungen erreichen Sie seitens der lokalen Integrationsräte zur Chancengerechtigkeit im Bildungssystem von Menschen mit Migrationsgeschichte?

Die lokalen Ausschüsse für Chancengerechtigkeit und Integration halten es für sinnvoll, dass zweisprachig aufwachsende Schüler:innen die Gelegenheit erhalten müssen, im Bildungssystem sowohl die deutsche als auch ihre Familiensprache schriftsprachlich auszubauen. Sie sind überzeugt, dass auch monolinguale Kinder von der schulischen Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit ihrer Mitschüler:innen mit internationaler Familiengeschichte profitieren.

Unser Land braucht dringend einen Paradigmenwechsel: Wir müssen von einem defizitorientierten zu einem potenzialorientierten Umgang mit den Lebenswelten, Ressourcen und Fähigkeiten von Menschen mit internationaler Familiengeschichte übergehen. Letztendlich brauchen wir ein breiteres, inklusives Wir, das die gesamte Bevölkerung in NRW umfasst.

Das Bildungssystem ist der Ort, an dem die Zukunft unseres Landes gestaltet wird. Hier muss der Paradigmenwechsel aktiv umgesetzt werden, beginnend mit der Förderung der natürlichen Zweisprachigkeit von Schüler:innen mit internationaler Familiengeschichte. Die zentrale Herausforderung besteht darin, diese Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit gewinnbringend in den gesamten Bildungsprozess einzubinden. Studien wie PISA, IQB-Bildungstrends und IGLU weisen auf erhebliche Mängel bei den Kompetenzen von Schüler:innen hin, wobei jene mit internationaler Familiengeschichte im aktuellen Bildungssystem systematisch benachteiligt werden. Sie werden gleichzeitig sowohl über- als auch unterfordert: Überfordert sind sie häufig beim Übergang in die weiterführenden Schulen. Obwohl der Lernprozess der deutschen Sprache – insbesondere in den Bereichen Lesen, Verstehen und Schreiben – noch nicht abgeschlossen ist und die Sprachförderung fortgeführt werden müsste, setzen weiterführende Schulen (und später auch Universitäten) diese Fähigkeiten voraus. Massiv unterfordert werden diese Kinder hingegen, weil die zu Hause gesprochenen Sprachen in der Schule meist keine Rolle spielen. Die damit verbundenen Fähigkeiten werden nicht genutzt, auch nicht zur Unterstützung des Lernprozesses in der deutschen Sprache.

Wo sehen Sie die größten Chancen für die kommenden Jahre im Bereich Integration durch Bildung?

Mittlerweile wurde durch Gesetze und Erlasse eine gute Basis in NRW geschaffen, um vorhandenen Potenziale zu nutzen. Massive Umsetzungsdefizite in den Kommunen sorgen allerdings dafür, dass das Thema nicht vorankommt. Das Ziel ist es daher, durchgängige mehrsprachige Bildungsangebote vom Elementarbereich bis hin zur Sekundarstufe II im Land auszubauen und zu stärken.

Das Argument mangelnder Ressourcen überzeugt nicht. Angebote werden auch dann nicht eingerichtet, wenn ausreichende Ressourcen vorhanden sind – wie etwa im Fall der Lehrkräfte für das Fach Türkisch in der Sekundarstufe II. Das Land Berlin zeigt, dass es trotz begrenzter Ressourcen möglich ist, innovative Konzepte umzusetzen. Ein Beispiel sind die „Staatlichen Europaschulen Berlin“: 18 Grundschulen und 15 weiterführende Schulen mit bilingualen Programmen in neun Sprachen. Dieses Modell könnte auch in NRW Vorbild werden.

Die Befürchtung, dass eine Stärkung der Mehrsprachigkeit die Curricula überfordern würde, ignoriert, dass ein zentrales Problem unserer Curricula ihre Ausrichtung auf eine monolinguale und monokulturelle Schülerschaft ist – eine Realität, die längst überholt ist. Der Verweis auf die Priorität des Deutschlernens wird durch ständige Wiederholung nicht überzeugender.

Ein schwerer politischer Fehler besteht vor allem darin, die Potenziale von Kindern und Jugendlichen mit internationaler Familiengeschichte ungenutzt zu lassen. Zudem wird diesen jungen Menschen signalisiert, dass ein wichtiger Teil ihrer Identität und ihrer Fähigkeiten nicht wichtig ist. Dies erschwert es ihnen, sich mit unserem Land zu identifizieren. Gleichzeitig verliert unser Land enorme Talente und Chancen. Diese Aspekte nicht zu berücksichtigen – insbesondere in einer Zeit, in der die Spaltung zwischen Menschen mit und ohne internationale Familiengeschichte bewusst gefördert wird – ist fatal.

NRW ist, wie ganz Deutschland, mehrsprachig und multikulturell – und wird es auch bleiben. Gerade das Schulwesen mit seiner allgemeinen Schulpflicht trägt eine besondere Verantwortung: Es muss alle Schüler:innen zu guten Abschlüssen führen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Beide Ziele sind ohne eine Stärkung mehrsprachiger Programme nicht zu erreichen.

Wir hoffen sehr, dass der aktuelle Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Mehrsprachigkeit an Schulen stärken – eine Chance für die Gesellschaft und

die persönliche Entwicklung“⁶ den erwähnten Paradigmenwechsel im Bildungssystem ermöglicht. Für den Landesintegrationsrat NRW hat das Thema natürliche Mehrsprachigkeit in den Schulen und Kindertagesstätten höchste Priorität und große Bedeutung. Wir werden die Gesetzesentwicklungen aufmerksam beobachten und aktiv begleiten.

Welche Empfehlungen würden Sie an Politik, Verwaltung, Schulen und Gesellschaft richten?

Zur Beseitigung des aktuellen Umsetzungsdefizits schlagen wir vor, die folgenden Maßnahmen schrittweise umzusetzen:

1. Die natürliche Bilingualität bzw. Mehrsprachigkeit gehört zur Realität unserer Gesellschaft. Die demokratischen Parteien sollten eine parteiübergreifende Lenkungsgruppe einrichten und ein verpflichtendes Konzept zur Entwicklung eines landesweiten Programms für koordiniertes zwei- bzw. mehrsprachiges Lernen erarbeiten. In diesem sollten neben Landespolitik, Landesintegrationsrat, wissenschaftlichen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren auch Kommunen (bspw. Integrationsstrukturen wie die Kommunalen Integrationszentren), Bildungseinrichtungen und die staatliche Lehrer:innenfortbildung vertreten sein.
2. Ausgangspunkt erster konkreter Maßnahmen sollten die in NRW bereits vorhandenen Strukturen und Programme sein. In Kindertageseinrichtungen sollten flächendeckend die Familiensprachen und die natürliche Mehrsprachigkeit gezielt gefördert werden. Zudem soll das immersive Erlernen unterschiedlicher Sprachen ermöglicht und unterstützt werden. Die mehrsprachigen Kompetenzen der Erzieher:innen sollen für die frühe mehrsprachige Förderung gezielt genutzt werden.
3. Schulen, in denen häufig gesprochene Herkunftssprachen bereits als versetzungsrelevante Fächer in SEK I sowie als abitur- und fachabiturrelevante Fächer in SEK II eingerichtet worden sind, sollten weiterhin gefördert und ausgebaut werden.

⁶ Vgl. <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-14522.pdf>

4. Es sollte zudem sichergestellt werden, dass für die bereits in der Fremdsprache Türkisch ausgebildeten Lehrkräfte (Universität Duisburg-Essen) auch genügend Stellen zur Verfügung stehen.
5. Der herkunftssprachliche Unterricht (HSU) sollte intensiviert werden. Den HSU-Lehrkräften sollten Aufstiegsmöglichkeiten durch Zusatzqualifizierungen in Form von Zertifikatskursen angeboten werden, die den Einsatz im Regelunterricht und eine angemessene Entlohnung ermöglichen. Auch sollten die Informationen zum HSU verbessert und vereinheitlicht werden, um die Teilnahme zu erleichtern. Ein stärkeres Engagement der unteren Schulaufsicht und der Schulleitungen ist sinnvoll.
6. Die Anerkennung im Ausland erworbener Ausbildungstitel muss für Lehrkräfte insgesamt flexibilisiert werden. Auf diese Weise können wir zügig zusätzliche Lehrkräfte für das Bildungssystem in NRW gewinnen.
7. Die Erfahrungen mit Programmen wie zum Beispiel KOALA, DemeK und den Berliner Schulmodellen sollten genau analysiert werden, um Gelingensbedingungen für die flächendeckende Übernahme zu identifizieren.
8. In der Modellregion der fünf größten Städte in NRW, Köln, Düsseldorf, Dortmund, Essen und Duisburg sollten die verschiedenen Modelle zuerst angewandt und wissenschaftlich begleitet werden. Dabei geht es um die Einrichtung bilingualer Schulen auf der Grundlage der natürlichen Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit, von der ersten Klasse bis zum Abitur (Modell Europaschulen) und die Einführung wichtiger Herkunftssprachen als versetzungsrelevante Fächer in SEK I sowie als abitur- und fachabiturrelevante Fächer in SEK II.
9. Insgesamt sollten die Bemühungen zur Erhöhung der Wertschätzung von Herkunftssprachen verstärkt werden, bspw. über die Benennung von Landesbeauftragten für natürliche Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit, landesweite Sensibilisierungsaktionen zum Tag der Muttersprache, Unterstützung von Elterninitiativen, die sich für Mehrsprachigkeit engagieren.

Der Landesintegrationsrat NRW kann als Partner die Umsetzung der Maßnahmen begleiten, um den Prozess auf kommunaler Ebene wirksam voranzutreiben.

Vielen Dank für das Gespräch!



Akteure kennen – Kooperationen gestalten

Das Feld *Integration durch Bildung* ist von vielfältigen Akteuren geprägt, die auf unterschiedlichen Ebenen wirken und verschiedene Aufgaben wahrnehmen. Dazu zählen unter anderem politische Entscheidungsträger:innen auf Bundes- und Landesebene, kommunale Koordinierungsstellen und Steuerungsgremien, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen und Träger. Ergänzt wird dieses Geflecht durch Programme und Initiativen, die unmittelbar auf Integrationsprozesse zielen, etwa durch Übergangsbegleitung oder Beratungsangebote. Auch (soziale) Medien und Forschung beeinflussen den öffentlichen Diskurs zu Integration und Bildung, denn sie bestimmen mit, welche Themen wahrgenommen und wie sie bewertet werden.

Um das Feld gezielt zu bearbeiten, hilft es, zentrale Akteure und Strukturen zu kennen. Die Abbildung auf der folgenden Seite bietet einen visuellen Einstieg in diese Vielfalt. Sie lädt dazu ein, über die jeweiligen Rollen und Handlungsspielräume nachzudenken und kann ein Ausgangspunkt sein, um neue Kooperationsmöglichkeiten zu erkennen und die eigene Arbeit im größeren Kontext zu verorten.

Folgende Fragen können Sie dabei unterstützen:



- Wer trifft zentrale politische Entscheidungen, die meine Arbeit vor Ort beeinflussen?
- Wer unterstützt meine Arbeit direkt (z. B. fachlich, organisatorisch oder finanziell)?
- Wie wird in der Öffentlichkeit über Integration und Bildung gesprochen – und was bedeutet das für mein Handeln vor Ort?
- Welche zivilgesellschaftlichen Gruppen engagieren sich besonders aktiv im Feld und sind deswegen wichtige Kooperationspartner:innen für mich?
- Welche Räume und Strukturen ermöglichen es Menschen mit Migrationsgeschichte, ihre Anliegen selbst zu vertreten, und wie kann meine Arbeit solche Räume sichtbar machen oder erweitern?
- Mit wem sollte ich kooperieren, um bestimmte Ziele zu erreichen, z. B. beim Aufbau eines Integrationsmonitorings, bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen oder bei der Entwicklung von Beteiligungsformaten?



Akteursliste

Ministerium
für Kinder,
Jugend, Familie,
Gleichstellung,
Flucht und
Integration
NRW

Ministerium
für Schule
und Bildung
NRW

Ministerium
für Arbeit,
Gesundheit
und Soziales
NRW

Schul-
aufsicht

z. B. Schul-
ämter, Ju-
gendämter,
Sozialämter

Kommunale
Spitzen-
verbände

...

Integra-
tionsräte

Regionale
Bildungs-
büros

Landeserstauf-
nahmeeinrich-
tungen

Kompetenz-
zentrum für
Integration

Fachberatungen
„Integration
durch Bildung“

KAoA-
Koordina-
tor:innen

QUA-LiS

Landesweite
Koordinations-
stelle für kom-
munale Integra-
tionszentren

Schulen

Berufs-
kollegs

Kitas

Hoch-
schulen

...

Volkshoch-
schulen

Weiter-
bildungs-
träger

Schulsozial-
arbeit

Familien-
zentren/
Familien-
grundschul-
zentren

Jugend-
zentren

...

Integra-
tionsagen-
turen NRW

IQ-Netz-
werk NRW

Jugend-
migrations-
dienste

Migran-
ten(selbst)
organisati-
onen

Migrations-
beratung für
erwachsene
Zuwanderer

Interkul-
turelle
Väterarbeit
NRW

...

Fachbe-
ratung
Migranten-
selbstorga-
nisationen
NRW

Kommunale
Integrations-
zentren

Wohlfahrts-
verbände

Ehren-
amtliche
Initiativen

NGOs

Sport-
vereine

Elternnetz-
werk NRW

Flüchtlings-
rat NRW

Forschungs-
institute

(Lokale)
Medien/So-
cial Media

Integrati-
onskongress
Land NRW

Jobcenter/
Bundes-
agentur für
Arbeit

...

Ausbildungs-
betriebe

Religiöse
Institutionen

Interessenver-
tretungen von
Minderheiten

Landesstelle
Schulische
Integration

Bundesamt
für Migra-
tion und
Flüchtlinge

...

„Nicht wer es macht, ist wichtig, sondern was dabei rauskommt.“

Fachabteilungsübergreifende Zusammenarbeit im Kreis Borken

Das Regionale Bildungsbüro und das Kommunale Integrationszentrum aus dem Kreis Borken arbeiten seit vielen Jahren eng zusammen. Beide Fachabteilungen sind im gleichen Fachbereich angesiedelt und arbeiten gemeinsam unter anderem an Themen rund um Bildung und Integration. Doch wie gelingt gute Kooperation in der kommunalen Praxis? Welchen Rahmen braucht es dafür? Und was bedeutet das für chancengerechte Bildung?

Im folgenden Gespräch berichten Kirsten Bertling, Leiterin des Regionalen Bildungsbüros (RBB), und Sandra Schulz-Kügler, Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums (KI), über die interne Zusammenarbeit in der Kommunalverwaltung.

Wie würden Sie die Zusammenarbeit zwischen dem RBB und dem KI beschreiben?

Die Zusammenarbeit zwischen dem RBB und dem KI erleben wir als offen, vertrauensvoll und geprägt von einem hohen Maß an gegenseitigem Verständnis. Durch die unmittelbare räumliche Nähe – unsere Büros liegen auf einem Flur – stehen wir täglich im Austausch. Es entstehen viele spontane Gespräche, in denen sich Fragen schnell und unkompliziert klären lassen. Diese enge Anbindung erleichtert die Zusammenarbeit und stärkt das Verständnis für die jeweiligen Arbeitsbereiche.

Unser gemeinsames Ziel ist es, Bildungsgerechtigkeit zu fördern und den Zugang zu Bildung für alle Menschen im Kreis Borken zu verbessern. Die enge Kooperation ermöglicht es, Synergien zu nutzen, Doppelstrukturen zu vermeiden und gemeinsame Themen – wie etwa Integration durch Bildung und Demokratieförderung – fachabteilungsübergreifend voranzutreiben. Aktuell zeigt sich das zum Beispiel in der gemeinsamen Erarbeitung eines Demokratiekonzepts. Die Leitung unterstützt diese Zusammenarbeit aktiv: Ihre langjährige Erfahrung und ihr breites Netz-

werk fördern den Wissenstransfer und stärken eine Kultur des Mitdenkens über Abteilungsgrenzen hinweg.

Wie kam es zu der intensiven Zusammenarbeit zwischen dem RBB und dem KI?

KI und Bildungsbüro waren ursprünglich in einer gemeinsamen Fachabteilung. Aufgrund der Entwicklung des Aufgabenspektrums des KI wurden daraus zwei Fachabteilungen. Die zuvor gelebte enge Zusammenarbeit innerhalb des ursprünglichen Bereiches blieb dabei erhalten und wurde weitergeführt. Neue Mitarbeiter:innen wuchsen in eine Struktur hinein, in der Kooperation bereits fest verankert war. Unser Ziel ist es, diese Art des Austauschs weiterzuführen, indem wir Kommunikationswege bewusst kurz halten, die gemeinsame Zielrichtung immer wieder besprechen und abteilungsübergreifende Aktivitäten, wie beispielsweise Teamtage, fördern. Zudem haben wir erkannt, dass viele Herausforderungen nicht isoliert bearbeitet werden können.



Regionales Bildungsbüro und Kommunales Integrationszentrum an einem Tisch (v.l.): Cornelia Reichel, Michaela Kuchenreuther und Kirsten Bertling.

Bildrechte: Kreis Borken

Welche Kompetenzen oder Perspektiven bringt jede Fachabteilung (RBB/KI) besonders ein?

Beide Fachabteilungen bringen unterschiedliche, sich ergänzende Perspektiven ein. Das RBB verfügt unter anderem über strukturelle und organisatorische Kompetenz, insbesondere im Projektmanagement und in der Schnittstelle zu kommunalen Verwaltungsstrukturen und wird unterstützt durch die pädagogische Expertise der abgeordneten Lehrkräfte. Das KI wiederum bringt umfangreiche pädagogische Expertise sowie etablierte Netzwerke im Integrationsbereich mit. Wir schauen je nach Thema, wo die beiden Fachabteilungen passende Netzwerke haben, an denen wir anknüpfen oder in die wir auch Informationen wei-

tergeben können. Aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet und mit unterschiedlichen Expertisen diskutiert, kommen wir in jedem Fall zu besseren Ergebnissen.

Dabei war uns von Anfang an wichtig, Integration durch Bildung als Form von Teilhabe zu denken und zu gestalten. Wir haben aus Sicht beider Abteilungen beobachtet, welche Bedarfe bestehen und wie wir Barrieren abbauen können – sei es durch sprachensible Materialien, Übersetzungen oder individuelle Unterstützung. Ein gutes Beispiel dafür ist das Friedenslabor, das seitens des RBB initiiert wurde. Das KI hat uns hierbei praxisnah unterstützt, indem es beispielsweise Sprachmittler:innen bereitstellte, um unter anderem Kindern aus internationalen Förderklassen die Teilnahme zu ermöglichen.

Ein weiteres Beispiel ist die Zusammenarbeit im Projekt PhänomexX. Dort wurden zu den Forscherheften für die teilnehmenden Kinder sprachensible Ausgaben erstellt oder gemeinsam neue Stationen sowie Projekte entwickelt.

Welche Strukturen, Formate oder Prozesse nutzen Sie, um die Zusammenarbeit zwischen RBB und KI zu gestalten?

Inzwischen nutzen wir verschiedene Strukturen und Formate für unsere Zusammenarbeit. Für gemeinsame Themen arbeiten wir mit einem digitalen Kanban-Board, auf dem wir Ideen sammeln und Aufgaben verteilen. Außerdem gibt es einen gemeinsamen Newsletter für Bildung und Integration aus dem Regionalen Bildungsnetzwerk, den wir gemeinsam bespielen. Wir berichten gemeinsam in die Politik, insbesondere zum Thema Demokratieförderung. Darüber hinaus nimmt das RBB Themen aus dem KI in bestehende Strukturen wie dem Lenkungskreis Regionales Bildungsnetzwerk mit. Neben diesen Arbeitsstrukturen ist uns auch das soziale Miteinander wichtig. Wir gestalten beispiels-

weise unser Weihnachtsfrühstück und Teamnachmittage gemeinsam oder es gibt gemeinsame Pausengruppen. So entsteht ein vertrauterer Miteinander.

Was würden Sie anderen Kommunen raten, die eine ähnliche Zusammenarbeit aufbauen möchten?

Wir würden anderen Kommunen vorschlagen, sich zunächst die jeweiligen Stärken bewusst zu machen, sich also darüber auszutauschen, über welche Expertise das andere Team verfügt und in welchen Themenfeldern oder Projekten es unterwegs ist. Es ist hilfreich, Gelegenheiten zu schaffen, um sich kennenzulernen und miteinander ins Gespräch zu kommen – auch ohne konkreten Anlass oder ein laufendes Projekt. Auf diese Weise lassen sich erste Hürden abbauen und im zweiten Schritt mögliche Schnittstellen leichter erkennen.

Wichtig ist für uns das Wir-Denken – also nicht in „das ist meins“ und „das ist deins“, sondern gemeinsam auf das Ergebnis zu schauen. In unserer Zusammenarbeit spielt es keine Rolle, welche Abteilung etwas federführend gemacht hat, entscheidend ist, dass das Ergebnis gut ist und dass wir es für den Kreis erarbeiten.

Wir würden ebenfalls sagen, dass man eine gewisse Anfangsphase aushalten muss – man investiert erst einmal Zeit, bevor etwas sicht- oder messbares entsteht. Außerdem hilft es, Leute zu haben, die netzwerkorientiert denken und die Zusammenarbeit fördern. Wir nehmen deutlich wahr, dass eine Leitung mit Überblick und guten Netzwerken eine wichtige unterstützende Rolle spielt, da sie Verbindungen herstellt und den Blick über den Tellerrand fördert.

Gibt es weitere Schritte, die Sie planen, um die interne Zusammenarbeit weiter zu festigen?

Wir planen unsere Zusammenarbeit in bestimmten Kontexten zu intensivieren, um Synergien zu heben – insbesondere im Themenfeld Demokratieförderung, das in den letzten Jahren zu unserem gemeinsamen Auftrag geworden ist. Unser Ziel ist es, diesen Bereich konzeptioneller und abgestimmter anzugehen. Wichtig ist uns dabei, dass wir uns bewusst Raum dafür nehmen, anstatt auf Zuruf einzelne Projekte umzusetzen. Wir möchten ein qualitativ hochwertiges, verankertes, abgestimmtes Gerüst schaffen – also etwas, das dauerhaft läuft, mit klaren Strukturen und regelmäßigen Abstimmungen, auch mit der Politik.

Auch praktisch wollen wir unsere Projekte noch besser abstimmen, damit sich Zielgruppen nicht überschneiden oder überlastet werden. Wenn wir Angebote machen, soll klar erkennbar

sein, dass sie aus der gemeinsamen Struktur des RBB-KI kommen und verlässlich und gut sind, um einen Wiedererkennungswert für die Zielgruppen zu schaffen. Wir bemühen uns nicht nur um Abstimmung, sondern auch um Verbindlichkeit und einen klaren strategischen Rahmen, etwa durch gemeinsame Standardelemente der Demokratieförderung, die von allen anerkannt, verbindlich umgesetzt, regelmäßig evaluiert und fest im Jahresablauf verankert sind, damit sie auch bei Personalwechseln bestehen bleiben.

Welche Vision verfolgen Sie langfristig mit Ihrer Zusammenarbeit – insbesondere im Hinblick auf chancengerechte Bildung für alle?

Unsere langfristige Vision ist, dass das Ergebnis und der Nutzen weiter für alle im Vordergrund stehen, unabhängig davon, welche Abteilung oder welche Personen etwas umsetzen. Wichtig ist uns zudem, dass die Zusammenarbeit transparent und inklusiv gestaltet ist – vor allem im Hinblick auf Bildungsgerechtigkeit; alle sollen Zugang zu den Bildungsangeboten haben. Wir möchten, dass die Zusammenarbeit so eng bleibt, da wir wissen, dass es für das Arbeitsergebnis und für die Arbeitszufriedenheit wichtig ist.

AUSWAHL GEMEINSAMER PROJEKTE, DIE AUS DER FACHABTEILUNGSÜBERGREIFENDEN ZUSAMMENARBEIT ENTSTANDEN SIND:

- **Willkommensbroschüre in verschiedensten Sprachen:** Seiteneinstiegsberatung im Kreis Borken: Kommunales Integrationszentrum Kreis Borken
- **Aktuelles Projekt des KI:** FIXING THE BOAT – Escape Room jüdisches Leben: Kommunales Integrationszentrum Kreis Borken
- **PhänomexX-Schülerlabore:** PhänomexX
- **Projekt im Bereich Demokratieförderung:** Friedenslabor

Von der Idee zur Förderung

Orientierungshilfe für Kommunen

Die Gestaltung von Bildung braucht verlässliche Ressourcen. Kommunen profitieren davon, verschiedene Wege der Finanzierung zu kennen und flexibel zu nutzen, denn immer häufiger reichen die dauerhaft zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für Bildung nicht mehr aus, um alle Bedarfe zu decken. Projektförderungen können diese Lücken nicht ersetzen, sie bieten aber zusätzliche Chancen, einzelne Vorhaben zu ermöglichen und Impulse zu setzen.

Da Programme und Zuständigkeiten sich regelmäßig ändern, ist es weniger entscheidend, jedes einzelne Angebot im Detail zu kennen, als vielmehr die passenden Anlaufstellen und Suchstrategien parat zu haben. Wer weiß, wo Förderungen zu finden sind und welche Partner:innen vor Ort einbezogen werden können, schafft Handlungsspielräume.

Je nach Kontext können Mitarbeitende in der Kommunalverwaltung in diesem Zusammenhang unterschiedliche Rollen über-

nehmen. Ob als Antragstellende, als Kooperationspartner:innen oder in einer beratend unterstützenden Funktion – in allen Fällen hilft der Überblick über Fördermöglichkeiten und -strategien. Auf diesen Seiten finden Sie dafür Orientierung.



Wie kann ich starten?

Für die Akquise passender Fördermöglichkeiten muss zunächst die Ausgangslage vor Ort in den Blick genommen werden.

- **Herausforderungen und Zielgruppen:** Welche konkreten Herausforderungen wollen wir mit unserem Projekt angehen? Welche Gruppen oder Personen stehen im Fokus unserer Maßnahmen?
- **Zeithorizont und Umfang:** Handelt es sich um ein kurzfristiges Projekt? Ist eine längerfristige Finanzierung nötig? Wie zeitintensiv soll die Maßnahme werden?
- **Ressourcen:** Welche Mittel stehen uns bereits zur Verfügung (Eigenmittel, Personal, Zuständigkeiten)? Welche Lücken gibt es, die durch Förderungen geschlossen werden müssten?
- **Partner:innen vor Ort:** Welche Institutionen oder Organisationen könnten wir zur Umsetzung der Maßnahme einbinden (z. B. Schulen, Vereine, Migrant:innenorganisationen, lokale Unternehmen)? Wer kann als Antragsteller:in, Ansprechpartner:in, Kooperationspartner:in oder Mitwirkende:r fungieren?



Wo kann ich suchen?

Die richtigen Quellen zu kennen, erleichtert das Finden passender Förderprogramme.

- **Interne Strukturen prüfen:** Wer ist in der Verwaltung bereits für Förderfragen zuständig? Häufig gibt es zuständige Stellen, die Antragstellungen übernehmen bzw. koordinieren, oder die Sie bei der Recherche und Antragstellung unterstützen können.
- **Zentrale Suchmaschinen, Datenbanken und Portale** in den Blick nehmen, z. B.:
 - [Förderdatenbank des Bundes](#)
 - Landesportale NRW auf Ausschreibungen prüfen, z. B. [MSB NRW](#) oder [MKJFGF NRW](#)
 - EU-Förderprogramme wie der [Europäische Sozialfonds](#)
 - Die zuständigen Bezirksregierungen bieten Förderportale oder Informationen zu Förderprogrammen und Ansprechpersonen.
 - Direkt zum Themenfeld bietet die Bundeszentrale für politische Bildung eine [Übersicht über Fördermittel für Flüchtlings- und Integrationsprojekte](#).
- **Stiftungen** bieten ggf. weitere Fördermöglichkeiten, oft zugeschnitten auf spezifische Projektbereiche. Für eine Recherche eignen sich z. B. die [Stiftungssuche](#) oder der [Nettie-Finder](#).
- Auch kleine Förderungen oder Sachmittel können helfen, Projekte sichtbar und nachhaltig umzusetzen. Deswegen kann es sich lohnen, **lokale Unternehmen und Institutionen** (z. B. gemeinnützige Vereine mit Fokus auf Bildung, Jugend, lokale Banken und Unternehmen, die regionale Projekte unterstützen) anzusprechen.

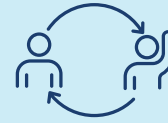
Diese Quellen können mögliche Startpunkte sein. Prüfen Sie regelmäßig Ausschreibungen, abonnieren Sie Newsletter und halten Sie Kontakt zu relevanten Ansprechpersonen.



Was kann ich verbinden?

Wer erkennt, wo strukturelle und thematische Schnittstellen bestehen, kann Programme kombinieren und zusätzliche Chancen für das eigene Projekt erschließen.

- **Themenübergreifend denken:** Einige Programme adressieren direkt das Feld Integration durch Bildung. Andere adressieren Themen, bei denen sich inhaltliche Schnittstellen dazu herstellen lassen (z. B. in den Feldern kulturelle Bildung, Sport, Gesundheit oder Demokratiebildung).
- **Partner:innen suchen:** Förderprogramme richten sich in der Regel an bestimmte Antragsberechtigte (z. B. Kommunen, Vereine). Falls Kommunen nicht antragsberechtigt sind, können Projekte aber oft über Kooperationen oder Partnerschaften umgesetzt werden.
- **Förderlogiken kombinieren:** Häufig lassen sich verschiedene Programmlinien und Förderungen miteinander kombinieren. So können Synergien geschaffen werden, Projekte abgesichert oder ergänzt werden. (Vorgaben zum Verbot von Doppelförderung beachten!)



Wie kann ich mögliche Förderer:innen ansprechen?

Haben Sie passende Fördermöglichkeiten gefunden, ist der nächste Schritt, die Ansprechpersonen zu kontaktieren. Hier sind ein paar Tipps:

- **Ziele und Nutzen klar formulieren:** Beschreiben Sie verständlich, welche Herausforderung Ihr Projekt löst, welche Zielgruppe erreicht wird und welchen Mehrwert es bietet.
- **Projektkurzprofil vorbereiten:** Ein kurzer Text oder ein Factsheet mit Ziel, Zielgruppe, Umfang und Budget macht die erste Kontaktaufnahme leichter.
- **Persönlichen Kontakt nutzen:** Wenn möglich, sprechen Sie Ansprechpartner:innen direkt an, statt nur formale Anträge einzureichen.
- **Kooperationsmöglichkeiten darstellen:** Zeigen Sie, wie Netzwerke und Kooperationspartner:innen eingebunden sind, um die Umsetzbarkeit zu stärken.
- **Frühzeitig Feedback einholen:** Klären Sie offene Fragen und prüfen Sie, ob das Projekt den Förderkriterien entspricht, bevor Sie formal beantragen.



Wie schaffe ich langfristige Perspektiven?

Förderungen bieten nicht nur kurzfristige Finanzierungsmöglichkeiten, sondern auch die Chance, Strukturen zu stärken und längerfristige Wirkung zu erzielen. Deshalb lohnt es sich, bereits bei der Planung den Blick über das Projektende hinaus zu richten.

- **Verankerung in bestehenden Strukturen:** Überlegen Sie, wie das Projekt in vorhandene kommunale Prozesse, Netzwerke oder Bildungsstrukturen eingebunden werden kann.
- **Kooperationen ausbauen:** Prüfen Sie, welche Partner:innen dauerhaft eingebunden werden können und welche lokalen Netzwerke die Fortführung unterstützen könnten.
- **Ressourcenplanung für Nachhaltigkeit:** Planen Sie nicht nur die Finanzierung während der Förderphase, sondern überlegen Sie auch, welche personellen, finanziellen und organisatorischen Mittel nötig sind, um das Projekt langfristig fortzuführen oder in bestehende Strukturen zu überführen.
- **Verbreitung von Ergebnissen:** Dokumentieren und kommunizieren Sie Projektergebnisse oder erprobte Methoden, um erfolgreiche Ansätze in andere Bereiche zu übertragen.



Bildung für alle?

Über das Übersehen von Gruppen

Bildung gilt als ein zentraler Schlüssel zur gesellschaftlichen Integration. Sie schafft Voraussetzungen für Teilhabe, Orientierung und Mitgestaltung – sowohl auf individueller als auch auf struktureller Ebene. Damit Bildung diese Funktion erfüllt, muss sie aber für alle zugänglich und anschlussfähig gestaltet sein.

Ein datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement (DKBM) kann dazu beitragen, indem es die strategische Steuerung von Bildungsangeboten und -prozessen in einer Kommune verbessert und die gezielte Weiterentwicklung der Bildungslandschaft unterstützt. Ziel ist, dass alle Menschen Zugang zu Bildungsangeboten erhalten, die zu ihren individuellen Lebensumständen und Bedürfnissen passen. Doch was passiert, wenn bestimmte Gruppen in diesen Planungs- und Steuerungsprozessen nicht gesehen werden?

Vielfalt: Dimensionen und Diskriminierungen

Die Charta der Vielfalt⁷ benennt sieben Dimensionen, die die Vielfalt menschlicher Identität und Erfahrung sichtbar machen. Dazu gehören Alter, Geschlecht und geschlechtliche Identität, körperliche und geistige Fähigkeiten, Religion und Weltanschauung, sexuelle Orientierung, soziale Herkunft sowie Migrationsgeschichte und Nationalität. Sie prägen nicht nur unsere Persönlichkeiten, sondern auch unsere Lebensumstände und sie zeigen auf, was uns unterscheidet bzw. verbindet.

Zu jeder dieser Dimensionen gehört jedoch auch eine potenzielle Diskriminierungsform, z. B. Altersdiskriminierung, Rassismus oder Klassismus. Und: Diese Formen treten nicht isoliert auf, sondern können sich überlagern und verstärken. Eine Person kann z. B. zugleich von Rassismus, Klassismus und Ableismus betroffen sein und dadurch in ihrem Zugang zu Bildung beeinträchtigt werden.

Diese Mehrfachzugehörigkeiten machen bestimmte Menschen besonders verletzlich, denn sie erhöhen die Gefahr, dass sie im kommunalen Bildungssystem übersehen oder nicht mitgedacht werden – also zu einer *Easy-to-ignore-Gruppe* werden.

⁷ Weitere Informationen zur Charta der Vielfalt finden Sie unter: <https://www.charta-der-vielfalt.de>

Was sind Easy-to-ignore-Groups und warum sind sie relevant?

Einordnung durch matrix Gruppe⁸

Der Fachbegriff „Easy-to-ignore-Groups“ wird in der internationalen Soziologie zunehmend genutzt. Er heißt übersetzt so viel wie „leicht zu übersehende oder zu überhörende Gruppen“.

Der Ansatz richtet den Blick darauf, dass viele Strukturen und Angebote so entwickelt oder kommuniziert werden, dass sie zahlreiche Gruppen gar nicht erreichen oder von diesen nicht genutzt werden – sei es aufgrund bestehender Barrieren oder weil sie für die Gruppen nicht attraktiv sind.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Merkmale wie Sprache, ökonomische Situation, zeitliche oder räumliche Möglichkeiten, kulturelle Hintergründe oder spezifische Bedürfnisse beeinflussen, ob Angebote überhaupt wahrgenommen oder genutzt werden. Auf der Ebene der Angebote können logistische, gestalterische oder methodische Faktoren entscheidend sein: Sie bestimmen, wie gut Angebote für unterschiedliche Gruppen zugänglich sind. Mit der Sensibilisierung für diese Perspektive soll deutlich werden, wie wichtig es ist, sich immer wieder genau mit den (eigenen) Zielgruppen auseinanderzusetzen und zu prüfen, wie Bildungsangebote und -ziele aus Sicht der Zielgruppen attraktiv, nutzbar und relevant werden bzw. bleiben. Dabei muss auch immer geklärt werden, wie inklusiv oder wie speziell die eigenen Ziele und Angebote sein sollen. Die Verantwortung, genauer hinzuschauen und etwas gegen das Übersehen von Gruppen zu tun, liegt bei den Bildungsakteur:innen.

Je nach Bildungsziel und Bildungsangebot kann grundsätzlich jeder Mensch Teil von Easy-to-ignore-Groups sein. matrix geht davon aus, dass mindestens 40% bis 60 % der jungen Menschen kaum oder gar nicht erreicht werden, weil ihre Perspektiven, aber auch wichtige Veränderungen ihrer Lerngewohnheiten und Lernfähigkeiten nicht konsequent oder gar nicht berücksichtigt werden.

Der Blick auf die Vielfaltsdimensionen verdeutlicht: Ein Begriff wie *Menschen mit Migrationsgeschichte* versucht eine Gruppe zusammenzufassen, die sich auf vielen Ebenen unterscheidet. Und: Personen, die als Teil dieser Gruppe wahrgenommen werden, können in mehrfacher Hinsicht und auf unterschiedlichen Ebenen von Ausschlüssen oder Nichtbeachtung betroffen sein.

Formen des Übersehens

Im Kontext Integration durch Bildung wird deutlich, dass sich zwei Formen des ‚Übersehenwerdens‘ unterscheiden lassen:

1. Gruppen, die tatsächlich ‚übersehen‘ werden

Dazu zählen etwa nicht registrierte Geflüchtete, ältere Migrant:innen ohne digitale Endgeräte oder Internetzugang, Kinder ohne Kita- oder Schulplätze oder Menschen, die Bildungsinstitutionen misstrauen und diese entsprechend nicht besuchen. Diese Personen sind oft nicht in Statistiken erfasst, nicht institutionell angebunden und nicht in Programmen mitgedacht – sie sind leicht zu ignorieren, weil sie nicht in den klassischen Strukturen auftauchen.

2. Gruppen, die zwar sichtbar sind, aber nicht wirklich gesehen werden

In politischen und medialen Diskursen wird viel über Menschen ‚mit Migrationshintergrund‘ gesprochen, allerdings meist in reduzierender und homogenisierender Form. Diese Form der Sichtbarkeit erzeugt eine vermeintliche Repräsentation, die in der Wirklichkeit individuelle Lebenslagen, Bedarfe und Potenziale unsichtbar macht. So entsteht ein ‚Übersehen‘ trotz vermeintlicher Sichtbarkeit, z. B. wenn Statistiken nur aggregierte Daten zeigen, aber keine Rückschlüsse auf die sehr unterschiedlichen Lebensrealitäten innerhalb dieser Gruppe zulassen.

⁸ Die matrix Gruppe beschäftigt sich bei ihrer Arbeit im Bildungs-ökosystem unter anderem im Projekt "zdi.NRW" mit der Frage, warum manche Menschen von Bildungsangeboten kaum erreicht werden. Dabei hat sie das Konzept der Easy-to-ignore-Gruppen aufgegriffen und weiterentwickelt, um zu zeigen, wie bestimmte Zielgruppen in der Bildungsarbeit ungewollt übersehen werden. (<https://matrix-gruppe.de>)

In beiden Fällen, der faktischen Unsichtbarkeit wie der reduzierenden Sichtbarkeit, sind fehlende oder unpassende Bildungszugänge und eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten mögliche Folgen.

Die Auseinandersetzung mit *Easy-to-ignore-Gruppen*⁹ hilft, auf diese Problematik aufmerksam zu machen und sie zu bearbeiten. Es fordert das kommunale Bildungsmanagement dazu auf, das sichtbar zu machen, was bislang übersehen wurde.

Perspektivwechsel: Integration als gesamtgesellschaftlicher Prozess

Das Konzept regt zu einem Perspektivwechsel an. Statt Integration als Anpassungsleistung zu verstehen, die individuell zu erbringen ist, wird der Blick auf die Rahmenbedingungen gerichtet, die Integration ermöglichen oder behindern:

- Zum einen wird Bildung nicht allen (gleichermaßen) angeboten bzw. ermöglicht. Viele Menschen tauchen gar nicht als Adressat:innen bildungs- bzw. integrationspolitischer Maßnahmen auf, etwa Personen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, informell lebende Familien, Jugendliche ohne Schulzugang oder EU-Bürger:innen in prekären Verhältnissen. Sie werden in Bildungsprogrammen oder im Bildungsmonitoring häufig nicht mitgedacht, weil sie systematisch nicht adressiert werden. Das zeigt: Das Bild eines einseitigen Integrationsverständnisses ignoriert, wer warum durch institutionelle Raster fällt
- Zum anderen wird Integration häufig als ein festgelegter, linearer Prozess verstanden: erst Sprache lernen, dann Schule, dann Ausbildung, schließlich Arbeit. Dieses Modell ist einseitig, weil es davon ausgeht, dass alle Menschen denselben Weg gehen (können) – und damit vielfältige, unterbrochene oder untypische Bildungs- und Lebensverläufe ausblendet. Wer nicht ins Schema passt, gilt schnell als ‚nicht integrationswillig‘. Der Ansatz der *Easy-to-ignore-Gruppen* hilft zu verstehen, dass es an vielen Stellen nicht um den Integrationswillen einzelner geht, sondern

dass Angebote, Strukturen und Indikatoren vor allem auf diesen linearen Prozess ausgerichtet sind. Integrationsvorhaben müssen deswegen darauf zielen, nicht die Vielfalt von Menschen in ein bestehendes gesellschaftliches Modell hineinzudrängen, sondern das Modell selbst zu hinterfragen: Wenn Integration funktionieren soll, muss sie als flexibler, individueller und nicht-linearer Prozess verstanden werden, der an unterschiedlichen Punkten ansetzen kann und verschiedene Wege anerkennt. Das erfordert, dass Institutionen, Angebote und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sich mitverändern.

Insgesamt lenkt die Perspektive den Blick weg von angeblichen Defiziten einzelner Menschen hin zu den Lücken, Ausschlüssen und starren Vorgaben in den Strukturen, die Teilhabe erschweren. Integration ist damit kein einseitiger Prozess, der von Einzelnen geleistet werden kann. Sie ist vielmehr eine wechselseitige und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bildung spielt dafür eine zentrale Rolle. Sie kann Gelegenheiten schaffen, um von- und miteinander zu lernen, Vielfalt erfahrbar zu machen und gemeinsam an einer lernfähigen, offenen Gesellschaft zu arbeiten – wenn es gelingt, gleichberechtigte Zugänge für alle zu schaffen.

Learning Nugget: Migration in der Bildungsplanung – worüber reden wir?

Ein kurzes Wissenshäppchen für alle Bildungsplaner:innen und weitere Interessierte, um etwas Klarheit in die unterschiedlichen Begrifflichkeiten im Bereich Migration und Bildungsplanung zu bringen. Schauen Sie einmal rein in den kurzen Impuls!



⁹ Siehe: matrix Gesellschaft für Beratung in Wirtschaft, Politik und Verwaltung mbH & Co. KG (o. J.): Hingehen statt übersehen (https://zdi-portal.de/wp-content/uploads/2024/01/Unter-der-Lupe-Easy-to-ignore_zdi-Design_V6-final_web.pdf) & Fife Centre for Equalities (2021): Engaging with EASY-TO-IGNORE communities (https://971d2fca-094f-4682-bf08-534b45f2dd15.filesusr.com/ugd/6671ae_95f80ef5c29d4ab5bbf72d3620779742.pdf)

Von blinden Flecken zu neuen Perspektiven

Wenn Sie in Ihrer Kommune zum Themenfeld Integration durch Bildung arbeiten, unterstützen Sie die folgenden Reflexionsfragen dabei, Routinen zu hinterfragen und neue Perspektiven einzunehmen. Die Fragen orientieren sich an den sieben Bausteinen eines DKBM und können als Impulse in Strategieprozessen, Kooperationsrunden oder Qualitätsdialogen genutzt werden, um konkrete Schritte hin zu einer chancengerechteren und vielfältigen Bildungslandschaft zu entwickeln.

	Strategische Zielsetzung	Daten-basierung	Interne Kooperation	Externe Kooperation	Koordination	Qualitäts-entwicklung	Öffentlicher Bildungs-diskurs
REFLEXIONSFRAGEN	Ist in unserer Bildungsstrategie festgeschrieben, dass wir kontinuierlich prüfen, wer nicht erreicht wird?	Nutzen wir qualitative Daten (Interviews, Erfahrungsberichte), um Gruppen sichtbar zu machen, die in Statistiken nicht auftauchen?	Gibt es in unserer Kommune Austauschformate zwischen Fachbereichen, um über Easy-to-ignore-Gruppen zu sprechen (z. B. Soziales, Gesundheit, Jugend, Integration, Statistik)?	Arbeiten wir mit Organisationen zusammen, die direkten Zugang zu Gruppen haben, die in unseren Bildungsangeboten kaum auftauchen?	Gibt es in unserer Kommune Strukturen (z. B. ein Gremium), in denen Belange von Easy-to-ignore-Gruppen systematisch im Blick behalten werden?	Prüfen wir, wer von den etablierten Strukturen tatsächlich profitiert?	Welche Gruppen werden in unseren kommunikativen Formaten (z. B. Presse, Social Media) sichtbar und welche bleiben unsichtbar?
	Wird in unserer Bildungsstrategie berücksichtigt, dass Integration ein wechselseitiger Prozess ist – also auch die Lern- und Anpassungsaufgaben der aufnehmenden Gesellschaft umfasst?	Nutzen wir qualitative Methoden, um zu verstehen, welche Vorstellungen von Integration in der Gesellschaft existieren und wie sie Zugänge beeinflussen?	Teilen wir Erfahrungswissen: Wer hat Kontakt zu welchen übersehenen Gruppen – und wie kann dieses Wissen anderen Bereichen helfen?	Werden Migrant:innen-organisationen, Nachbarschaftsinitiativen oder religiöse Gemeinschaften in Planungen einbezogen?	Werden Informationen und Bedarfe aus unterschiedlichen Fachbereichen (Bildung, Integration, Jugend, Soziales, Gesundheit) gebündelt, um Lücken oder Doppelstrukturen zu vermeiden?	Nutzen wir Feedback aus der Zielgruppe selbst (z. B. über Befragungen), um die Passung von Angeboten und Strukturen zu überprüfen?	Wird über Bedarfe und Potenziale differenziert berichtet, oder bleiben sie auf stereotype Zuschreibungen reduziert?
	Reflektieren wir, welche Annahmen über normale Bildungs- und Lebenswege der Mehrheitsgesellschaft unsere Zielsetzungen prägen?	Werden Kennzahlen kritisch hinterfragt?	Werden interne Datenquellen zusammengeführt, (z. B. Schulabmeldungen, Daten aus der Jugendhilfe, Gesundheitsstatistiken)?	Nutzen wir Kooperationen, um Bildungsangebote in vertrauten Räumen der Zielgruppen stattfinden zu lassen (z. B. Community-Zentren, Vereine, Familiencafés)?	Wie wird sichergestellt, dass Impulse von externen Partner:innen in die kommunale Gesamtsteuerung einfließen?	Sind Qualitätsindikatoren und -standards so gestaltet, dass sie nicht nur Teilnehmendenzahlen abbilden, sondern auch eine Reflexion von Zugangsbarrieren ermöglichen?	Wie nutzen wir den Diskurs, um Bewusstsein für Vielfalt, Intersektionalität und marginalisierte Gruppen zu stärken?
		Prüfen wir regelmäßig, welche Gruppen in unseren Daten fehlen – und warum?				Prüfen wir, ob unsere Angebote Lernprozesse auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft anstoßen (z. B. Abbau von Vorurteilen)?	Nutzen wir diskriminierungsfreie Sprache und achten bei Veranstaltungen auf diverse Besetzung von bspw. Podiumsgästen?

Abb. 1: Handlungsimpulse im DKBM im Kontext Bildung durch Integration

Überprüfen Sie Ihre Privilegien

... mit den folgenden Fragen

Warum ist es eigentlich so wichtig, sich mit seinen eigenen Privilegien auseinanderzusetzen?

Menschen haben abhängig von Geburtsort, Hautfarbe, Sprache oder sozialem Umfeld enorme Chancen oder sind mit Barrieren konfrontiert. Privilegien sind Vorteile, die man oft unbewusst genießt und oft als selbstverständlich ansieht, weil man *zur richtigen Zeit am richtigen Ort* geboren wurde oder zu spezifischen Gruppen gehört.

Dieser Privilegien-Check lädt Sie ein, Ihre eigenen Erfahrungen zu reflektieren. Die Fragen sind so formuliert, dass die Beantwortung mit einem „Ja“ anzeigt, welche Zugänge, Ressourcen oder Möglichkeiten Ihnen zur Verfügung stehen und ein „Nein“ hingegen darauf hinweist, dass Sie dieses Privileg nicht hatten/haben. Durch das Nachdenken über Privilegien kann erkannt werden, welche Chancen für Menschen mit Migrationsgeschichte möglicherweise eingeschränkt sind und wie und wo das kommunale Bildungsmanagement oder die Verwaltung im Allgemeinen Verantwortung übernehmen und unterstützend wirken kann.

Nutzen Sie diesen Privilegien-Check als Instrument zur Selbstreflexion oder auch zur Sensibilisierung für vielfältige Lebensrealitäten – für sich selbst, für den Austausch mit anderen oder als Anstoß für Gespräche über Gerechtigkeit, Teilhabe und Integration in Ihrer Kommune.

1 Herkunft und Zugehörigkeit

- ☐ Wird angenommen, dass Sie Deutsch sind?
- ☐ Werden Sie selten nach Ihrer Herkunft gefragt?
- ☐ Sehen Sie regelmäßig Menschen, die so aussehen wie Sie, in Politik, Medien oder Führungspositionen?

2 Bildung

- ☐ Hatten Sie leichten Zugang zu Nachhilfe, Lernmaterialien oder Unterstützungsangeboten im Bildungsbereich?
- ☐ Konnten Sie Ihren Bildungsweg ohne Vorurteile verfolgen?
- ☐ Werden Fort- und Weiterbildungen oder Informationsveranstaltungen in Ihrer Herkunftssprache angeboten?

3 Sprache

- ☐ Ist Ihre Muttersprache in Deutschland anerkannt oder weit verbreitet?
- ☐ Können Sie Dokumente, Formulare oder offizielle Informationen problemlos verstehen?
- ☐ Können Sie Ihre Sprache oder Ihren Akzent offen zeigen, ohne bewertet zu werden?



4 Arbeit und Chancen

- ☐ Haben Sie sich schon mal Gedanken über Ihren (Nach-)Namen bei Bewerbungen gemacht?
- ☐ Werden Sie gefragt, ob Sie überhaupt arbeiten dürfen?
- ☐ Werden Ihre Fähigkeiten und Qualifikationen ohne Misstrauen anerkannt?
- ☐ Haben Sie das Gefühl, dass Ihre Leistungen wahrgenommen werden?

5 Alltag und Sicherheit

- ☐ Können Sie sich frei bewegen, ohne diskriminiert zu werden?
- ☐ Fühlen Sie sich in der Öffentlichkeit sicher?
- ☐ Gibt es im Alltag ausreichend Produkte, die Ihre körperlichen oder kulturellen Bedürfnisse berücksichtigen?
- ☐ Werden Sie fair behandelt, unabhängig von Ihrem Aussehen?

6 Gesellschaft und Kultur

- ☐ Werden Ihre religiösen Praktiken respektiert?
- ☐ Werden Ihre Feiertage gesellschaftlich anerkannt oder gesetzlich berücksichtigt?
- ☐ Wird Ihre Kultur positiv dargestellt?
- ☐ Fühlen Sie sich als gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft?

7 Kommunalverwaltung und Zugänge

- ☐ Werden Ihre Anliegen von kommunalen Ämtern ernst genommen?
- ☐ Bekommen Sie alle relevanten Informationen zu Bildung, Kita oder Weiterbildung verständlich vermittelt?
- ☐ Fühlen Sie sich bei Bürger:innenberatungen und Workshops willkommen?
- ☐ Haben Sie den Eindruck, dass Sie in Ihrer Kommune Veränderungen bewirken können?

Inside Marxloh – Eine Stadtteilfehrung zum Nachdenken

Die REAB NRW zu Besuch in Duisburg-Marxloh

Allein die Anreise ist eine Reise wert

Es ist Ende September, der Spätsommer zeigt sich von seiner besten Seite und wir machen uns auf den Weg von Münster nach Duisburg, um an der Stadtteilfehrung des Projekts „Inside Marxloh“ teilzunehmen. Der Stadtteil ist vom Duisburger Hauptbahnhof mit der Straßenbahnlinie 903 oder 901 zu erreichen. Es geht vorbei am architektonisch imposanten Landesarchiv NRW, dem Duisburger Hafen, der zu den größten Binnenhäfen Europas zählt, und kurz vor unserer Endstation erscheinen in der Ferne auch die ersten Schlote und Hochöfen der Hüttenwerke von Thyssenkrupp – eines der Wahrzeichen des Ruhrgebiets. Die Fahrt zum Ziel allein macht schon deutlich: Es ist viel los, die Straßenbahn zum Bersten voll, viele unterschiedliche Sprachen sind zu hören, und überall treffen Menschen aufeinander, denen man geneigt ist zu unterstellen, dass man ihnen die Mühen des Alltags ansieht.

Wie es aber tatsächlich aussieht und was die Menschen vor Ort in Duisburg-Marxloh ausmacht, das erhoffen wir uns von der alternativen Stadtteilfehrung zu erfahren. Initiiert wurde diese von Tabea Thomsen, die im Rahmen ihrer Promotion am Institut für Didaktik der Geografie der Universität Münster mit dem Titel „Inside Marxloh – Stärkung der Selbstwirksamkeitserwartungen von Mädchen und Frauen mit Migrationsgeschichte im Kontext eigener Stadtteilfehrungen (InMarx)“ das Projekt in Zusammenarbeit mit der Duisburger Werkkiste und Schüler:innen der Herbert-Grillo-Gesamtschule in Marxloh auf die Beine gestellt hat. Übergeordnetes Ziel ist es junge Mädchen mit Migrationsgeschichte aus einem medial stigmatisierten Stadtteil wie Duisburg-Marxloh zu empowern und ebenso einen Perspektiv-

wechsel, weg von einer reinen Defizitorientierung, mit dem der Stadtteil und seine (migrantischen) Bewohner:innen oft konfrontiert sind, zu ermöglichen.

Über eine eigens eingerichtete [Homepage](#) haben wir uns im Vorfeld für den Termin angemeldet und finden uns gemeinsam mit den anderen Stadtspaziergänger:innen auf dem Schulhof der Grillo-Schule, wie sie verkürzt genannt wird, ein. Daneben erblicken wir auch den Neubau des [Campus Marxloh](#), der in diesem Jahr fertiggestellt wurde und ein Hoffnungsträger im Bereich (außer)schulischer Bildung ist. Die Öffentlichkeitsarbeit für Inside Marxloh über die verschiedenen Kanäle, wie Homepage, Social Media sowie Zeitung scheint zu funktionieren: Das Interesse an der Föhrung ist groß und die Gruppe der rund 30 Teilnehmenden ist erstaunlich heterogen. Neben Journalist:innen und Privatpersonen aus Rheinhausen oder gar Gelsenkirchen hat sich auch eine rüstige Rentner:innengruppe und eine Schulkasse aus dem Duisburger Süden eingefunden. Als die Organisator:innen erscheinen und den Ablauf für die nächsten zwei Stunden vorstellen, bleibt nur noch die Frage, wo denn die eigentlichen Protagonist:innen des Tages – die Schüler:innen der sogenannten Mädchen AG, der Grillo-Schule geblieben sind. Tabea Thomsen klärt auf, dass diese aus organisatorischen Gründen nicht mehr dabei sein können, da ein neues Schuljahr angefangen hat und sie als Zehntklässler:innen nicht mehr an der AG teilnehmen können. Was sie selbst sehr schade findet, „da es natürlich nicht so authentisch ist, wie mit den Mädchen und die Stadtteilfehrung erst durch diese ihren eigentlich Wert erhält“. Aktuell findet sich aber eine neue AG samt neuer Stadtteilfehrer:innen zusammen, die die Föhrungen dann ab dem kommenden Jahr anbieten. Trotz leichter Enttäuschung bei uns und den anderen Teilnehmenden startet die Reisegruppe in Richtung des hinteren Schulhofs.



Die Teilnehmenden lauschen gespannt der Geschichte des Schwelgernstadions.

Ein Stadtteil voller Kontraste

Wie bei einer klassischen Stadtführung berichten die Organisator:innen abwechselnd an den einzelnen Stationen über Hintergrundinformationen und in diesem speziellen Fall auch darüber, warum diese Orte ausgewählt wurden und welche Bedeutung sie im Leben der Schüler:innen haben. Im Gespräch zwischen den einzelnen Stationen kommen die Teilnehmer:innen und Organisator:innen untereinander ins Gespräch. Tabea Thomsen berichtet über das erste Jahr der Mädchen-AG. Am Anfang hat es etwas Zeit gebraucht, bis diese ihr vertraut haben und sich die Überzeugung „wir können trotz unserer mehrfach benachteiligten Position als Marxloher Mädchen mit Migrationshintergrund etwas schaffen und unsere Ziele erreichen“, erst im Verlauf der Stadtteilführungen entwickelt hat. Solche Aussagen bleiben bis zu einem gewissen Punkt zwar immer etwas abstrakt, weil die Schüler:innen selbst nicht vor Ort sind und nicht berichten können, aber Fragen nach Begriffen wie „Empowerment“ und dem Wortursprung von „Marxloh“ seitens der Teilnehmer:innen verdeutlichen das Interesse am Projekt. Das Graffiti mit dem Schriftzug „WIR SIND BUNT“, das von der Mädchen-AG auf dem Pausenhof erstellt wurde, spiegelt die Gegebenheiten der Zusammensetzung der Schülerschaft gut wider, denn mit rund 800

Schüler:innen und 34 Nationen hat fast ein Viertel der Kinder und Jugendlichen der Grillo-Schule eine Migrationsgeschichte.

Nach Verlassen des Schulgeländes geht es weiter durch kleine Straßenzüge, die fast dörflich wirken. Unverkennbar ist aber auch die Strukturschwäche des Stadtteils: Neben vielen leerstehenden und marode wirkenden Gebäuden findet sich viel Müll auf den Straßen, und nicht jede Ecke lädt zum Verweilen ein. Einige der Teilnehmenden lässt der Anblick kalt, da sie Ähnliches aus anderen Städten kennen, andere hingegen zücken ihre Kameras und fotografieren kaputte Fenster und achtlos abgelegte Waschmaschinen und Metallschrott auf den Straßen und in den Hinterhöfen. Kurz vor der nächsten Station, dem Schwelgernstadion mit seiner beeindruckenden Kulisse von Industrieanlagen im Hintergrund, schlendern wir an einem ganz neu angelegten Spielplatz vorbei, der richtig Lust auf Kindheit macht. Ein Schüler, der die Stadtteilführung im Rahmen seiner Erdkundeexkursion mitmacht und im Duisburger Süden wohnt, erklärt uns, dass es hier am Wochenende aber nicht ganz so schön aussehe, weil hier viel zu viele Menschen aufeinandertreffen. Kaum vorstellbar an diesem ruhigen Dienstagnachmittag, an dem der Spielplatz samt Grünanlage so friedfertig wirkt.

Nach dem Schwelgernstadion geht es quer durch weitere Nebenstraßen des Stadtteils zur Weseler Straße mit ihren zahlreichen Hochzeitsgeschäften, die sogar überregional, weit über Duisburg hinaus bekannt sind. Zwischendurch machen wir Halt



Tabea Thomsen bringt interaktive Elemente mit in die Stadtteolführung ein.

am Café Femm, dem Lieblingscafé der Schüler:innen und können uns in den zahlreichen Bäckereien auf der Weseler Straße mit Baklava und anderen Süßspeisen eindecken. Tabea Thomsen packt immer wieder eine Karte aus und lässt die Teilnehmer:innen erraten, wo wir uns gerade befinden. Da merkt man den Blick der Geografin, die immer den Raum als solches priorisiert. Danach machen wir einen Schlenker, kommen an alten Arbeiter:innensiedlungen mit riesigen Gemeinschaftsgärten und Wäscheleinen sowie an einer alten Brache vorbei, die an längst vergessene Zeiten des Ruhrgebiets erinnert. Es geht zu der Grundschule Sandstraße, die einige der Schüler:innen vormals besucht haben und schließlich enden wir in der DITIB-Merkez-Moschee. Zum Abschluss machen wir alle gemeinsam ein Online-Quiz, um unser Wissen und unsere Erfahrungen der letzten zwei Stunden zu testen und Revue passieren zu lassen.

Wichtig ist Projektleiterin Thomsen, dass mit der Führung nicht vollständig alle Stereotype und Vorurteile widerlegt werden sollen: „Es ist nicht mein Anspruch, alle zu bekehren. Natürlich gibt es Probleme, wie in jeder anderen Stadt auch, aber mir geht es vor allem darum nicht nur hierherzukommen, um die eigenen Vorteile bestätigt zu wissen, sondern sich einfach mal auf eine andere Perspektive einzulassen.“ Damit wäre sie bereits zufrieden.

Ausblick und Überlegungen für andere Stadtteolführungen

Trotz der vielen interessanten Einblicke und der Möglichkeit des Perspektivwechsels hinterlässt die Führung in Marxloh an einigen Stellen ein ambivalentes Gefühl. Dieses wollen wir zum Abschluss noch einmal einordnen und auf zwei Aspekte, die uns während der Stadtteolführung aufgefallen sind, eingehen.

Zum einen fanden wir es, wie bereits erwähnt, schade, dass die Mädchen-AG selbst nicht vor Ort war. Die Gründe sind vollkommen nachvollziehbar und legitim. Und es war auch der einzige Termin ohne diese. Wir hatten einfach etwas Pech. Warum haben wir uns dennoch entschieden, darüber zu berichten? Weil wir die Grundideen und Ziele des Projekts als durchaus nachahmenswert ansehen. Der Gedanke, Menschen in die Lage zu versetzen, ihre eigene Stimme zu erheben und dadurch Selbstwirksamkeit zu erfahren ist ein notwendiger Baustein für gelingende migrantische Bildungsbiografien. Ohne die direkte Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte laufen solche Projekte oder Veranstaltungen jedoch Gefahr, dass Wissen über margi-

nalisierte Gruppen (re)produziert wird. Zudem zeigt sich eine strukturelle Limitation: Denn Sichtbarkeit allein reicht nicht, um gesellschaftliche Machtverhältnisse oder Stereotype nachhaltig zu hinterfragen. Für Kommunen, die Interesse an der Übertragung eines solchen Projekts haben, wäre es aus Sicht der REAB NRW daher zentral, die unmittelbare Partizipation von Jugendlichen sicherzustellen, damit solche Führungen nicht nur informativ, sondern auch nah an der Lebenswelt der jungen Menschen mit Migrationsgeschichte sind. Nur so kann ein echter Dialog entstehen.

Ein zweiter Aspekt, der uns im Nachgang aber auch bereits während der Führung beschäftigt hat, ist die eigene Rolle bei einer

solchen Stadtteilfeührung. Wir und die anderen Teilnehmer:innen waren in einer Art distanzierter Beobachterrolle, die leider häufig auch in einen „Gaffen-Effekt“ münden kann. Denn man sieht die Menschen und das Quartier nur von außen. Eine solche Haltung ist und kann nicht neutral sein, sondern sie ist eng mit dem Privileg verbunden, die Erfahrungen anderer zu betrachten, ohne je Teil der Lebensrealität zu sein. Ein reflektierter Umgang mit dieser Dynamik erfordert, dass nicht nur die Lebenswelten sichtbar gemacht werden, sondern auch die Machtverhältnisse und eigene Positionierung der Beobachtenden thematisieren werden. Nur so kann aus neugieriger Beobachtung ein ernsthafter Lern- und Perspektivwechsel entstehen.



3 Fragen an ... Lena Erichsen

Lena Erichsen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der „Bildungskommune“ Duisburg und hat an einer der ersten Stadtteilfeührungen selbst teilgenommen. Ihre Perspektive hat uns sehr interessiert, da sie an einem der Termine teilgenommen hat, an denen die Mädchen-AG vor Ort durch Marxloh geführt hat:

Was ist für die Arbeit im Kontext „Bildungskommune“ und BNE für Sie spannend, an dem Projekt „Inside Marxloh“?

In den Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung fällt bspw. auch die Wertschätzung kultureller Vielfalt, die im Rahmen des Projektes „Inside Marxloh“ aus der Sicht junger Menschen an die Teilnehmenden anschaulich vermittelt wird. Ziele von BNE sind es u. a. das Empowerment und die Selbstwirksamkeit von Frauen und Mädchen zu fördern, was in diesem Projekt explizit geschieht.

Welche Chancen sehen Sie für den Stadtteil durch das Projekt?

Durch die individuellen Perspektiven der Mädchen wird den Teilnehmenden ein authentischer Blick in den Stadtteil ermöglicht, fernab von medialer Zuschreibung, Vorverurteilung und Stereotypen. Der Stadtteil kann sich so präsentieren, wie er von den Bewohner:innen direkt wahrgenommen wird.

Was für einen Mehrwert hat die Kommune durch solche zivilgesellschaftlichen und wissenschaftsgetragten Projekte?

Wenn sich gerade junge Menschen mit ihrer Nachbarschaft und ihrem Sozialraum auseinandersetzen, kann dies dazu führen, dass sie sich und ihre Perspektiven gesehen fühlen und das nötige Empowerment erfahren, sich bspw. für ihren Stadtteil auch über das Projekt hinaus zivilgesellschaftlich einzusetzen.

Code of Conduct

(Verhaltenskodex) für Veranstaltungen

Auf dem Bildungscampus Marxloh fand Ende September 2025 auch der Fachtag Kommunales Bildungsmanagement NRW 2025 unter dem Titel „Braucht das wer? Oder kann das weg?“ der REAB NRW statt. Es war eine gelungene Veranstaltung, die friedlich und respektvoll verlief. Das muss nicht immer so sein. Veranstaltungen, insbesondere zu sensiblen Themen wie Integration, bringen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, Perspektiven und Erfahrungen zusammen. Ein klar formulierter Code of Conduct¹⁰ kann hierbei Orientierung und Sicherheit für alle Beteiligten schaffen. Er legt grundlegende Werte wie Respekt, Offenheit und Inklusivität fest und signalisiert, dass

Diskriminierung, Herabsetzung oder ausgrenzendes Verhalten nicht toleriert werden. Ein solcher Leitfaden unterstützt die Moderation, erleichtert den Umgang mit Konflikten innerhalb von Workshops, Podiumsdiskussionen oder auch Gremiensitzungen und kann eine konstruktive Diskussionskultur befördern. Er hilft, die Teilhabe aller zu gewährleisten, Missverständnisse zu vermeiden und die Atmosphäre der Veranstaltung bewusst positiv zu gestalten. Gleichzeitig zeigt ein Code of Conduct, dass die veranstaltende Institution Verantwortung übernimmt und ein respektvolles, professionelles Miteinander als verbindlichen Standard betrachtet.

R Wie **Respekt** und respektvoller Umgang, auch bei unterschiedlichen Standpunkten.

O Wie **Offenheit**, die Erfahrung und das Wissen anderer Menschen anzuhören.

D Wie **diskriminierungskritische Haltung**, denn Diskriminierung trifft nicht alle, aber sie geht alle etwas an.

S Wie **Sprache**, die respektvoll und inklusiv ist und die Grenzen anderer Personen achtet.

L Wie **Lernen**, denn Fehler können passieren, entscheidend ist, Verantwortung für diese zu übernehmen und aus diesen zu lernen.

M Wie **machtfreier Raum**, den es nicht gibt, auch am heutigen Veranstaltungstag nicht.

V Wie **Verbindlichkeit**, mit der Teilnahme an unserer Veranstaltung den Code of Conduct zu berücksichtigen.

¹⁰ Idee für diesen Code of Conduct wurde auf der BMBF-Tagung „Gute Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ vom 11.02.25 aufgenommen und angepasst.

